

Rede von SPD Fraktionsvorsitzenden Holger Witting zum Erlass der Haushaltssatzung der Gemeinde Jüchen durch den Gemeinderat am 14. Dezember 2017 im Haus Katz

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren!

Der vom Bürgermeister eingebrachte Haushalt für das Jahr 2018 weist mit rund 2,7 Mio € erneut ein sehr hohes Defizit aus. Dieses Jahr wird voraussichtlich mit einem noch deutlich höheren Defizit in Höhe von über 4 Mio € abschließen. Der aktuelle Verlust kann aus der Ausgleichsrücklage finanziert werden. Sie ist dann aber nahezu aufgebraucht. Das kommende Haushaltsdefizit muss aus der Allgemeinen Rücklage entnommen werden. Dann verbrauchen wir nicht mehr besonders hohe Gewerbesteuerereinnahmen der letzten Jahre, sondern gehen an die Substanz der Gemeinde Jüchen. Dass nun die Allgemeine Rücklage angegriffen werden muss, ist das Ergebnis einer falschen Haushaltspolitik.

Andere Kommunen, wie beispielsweise Korschenbroich, erreichen erstmals durch große Anstrengungen den strukturell ausgeglichenen Haushalt. Wann wird Jüchen seinen Haushalt strukturell ausgleichen? Die Gelegenheit dazu war da! Es gab Jahre mit sehr guten Ergebnissen. **Diese Gelegenheit** – meine Damen und Herren – **wurde allerdings nicht genutzt**. In diesem, im nächsten und auch im Jahr danach verlieren wir weiter an Gestaltungsspielraum. Über Jahre und Jahrzehnte werden die Bürgerinnen und Bürger Jüchens hohe Tilgungs- und Zinslasten finanzieren müssen.

Was wäre, wenn Jüchen sich wieder ein Haushaltssicherungskonzept geben müsste? Dann wären Rat und Verwaltung gezwungen substanzielle Maßnahmen zu ergreifen, um den Gemeindehaushalt in Ordnung zu bringen. Das *Schreckgespenst* für die kommunale Selbstverwaltung mit dem Namen *Haushaltssicherung* wird zwar noch nicht in diesem Jahr geweckt, aber bereits kleine negative Überraschungen könnten den Beginn der *Geisterstunde* einläuten. Fragt sich nur, wie lange sie dann andauern wird.

Bei der Einbringung des Haushaltes, Herr Bürgermeister, haben Sie – wie immer – darauf hingewiesen, dass die Gemeinde Jüchen äußeren Einflüssen unterworfen ist. So seien verlässliche Planungen kaum möglich. Dies ist ein glattes Ablenkungsmanöver. Sie verweigern so dem Rat die Debatte über die Möglichkeit eines strukturell ausgeglichenen Haushalts. Natürlich sind die Kreisumlagen zu hoch, die Gewerbesteuereinnahmen zu niedrig und die Schlüsselzuweisungen durch das Land unkalkulierbar. Aber wann beginnt das Umdenken und das Besinnen auf eigene Stärken? Der Haushaltsausgleich aus eigener Kraft ist möglich. Was wäre, wenn wir für die Belastungen der vergangenen Jahre nicht zahlen müssten? Allein 2018 tilgen wir rund 4,5 Mio € und zahlen dafür rund 1 Mio € Zinsen. Die Gemeinde Jüchen schiebt Schulden in Höhe von über 50 Mio € vor sich her. Das sind etwa 2.000 € pro Einwohner – vom Säugling bis zum Greis. Und dies bei historisch niedrigen Zinsen. Das Risiko Zinserhöhung ist dementsprechend im Haushalt noch gar nicht abgebildet. Und eins ist mit diesem defizitären Haushalt sicher: Der Schuldenstand wird im nächsten Jahr weiter steigen. Das ist mit mir und

meiner Fraktion aber nicht zu machen. Daher lehnen wir den defizitären Haushalt für das Jahr 2018 ab!

Meine Damen und Herren – mit der Flüchtlingskrise gibt es seit Jahren ganz handfeste Herausforderungen für die Gemeinde. Die turbulenten Zeiten mit unkalkulierbar hohen Zuweisungen von Flüchtlingen sind anscheinend vorerst vorbei. Was folgt nun? Rat, Verwaltung und Bürgerschaft – so viel scheint sicher – werden noch lange mit den Folgen zu kämpfen haben. Gemeinsam haben wir uns für den Bau der Unterkunft an der Jülicher Straße entschieden. Die Flüchtlingskrise in Jüchen haben wir auch dank Ihres Einsatzes, Herr Bürgermeister, gemeistert. Es wurden keine Turnhallen mit Flüchtlingen belegt. Es wurden auch keine kostspieligen, provisorischen Unterkünfte aus dem Boden gestampft. Diese verursachen in anderen Kommunen sehr hohe Kosten und stehen dabei nicht selten leer.

Werden wir die neue Unterkunft an der Jülicher Straße langfristig benötigen? Weltpolitisch wäre es zu wünschen, da Flucht und Vertreibung immer eine Niederlage der Menschheit sind. Vielleicht werden dann auch die Unterhaltungskosten für die neue Unterkunft den Gemeindehaushalt über Gebühr belasten. Dennoch - meine Damen und Herren, Herr Bürgermeister - stehen wir in dieser Entscheidung hinter Ihnen und schulden Ihnen und Ihren Mitarbeitern sowie den vielen ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern Respekt und großen Dank.

Aber können wir auch der Landesregierung danken? In der Vergangenheit haben Sie, Herr Bürgermeister, regelmäßig die rot-grüne Landesregierung kritisiert, wenn es um die Solidarität mit den Kommunen ging. Leider zeigt sich bereits heute, dass die neue

schwarz-gelbe Landesregierung noch einen draufsatteln kann. Die Integrationspauschale des Bundes wird nicht an die Gemeinden weitergeleitet. Dabei sind mit der Versorgung und Betreuung von Flüchtlingen immense Kosten verbunden. Mit diesen werden wir von der Landesregierung im Regen stehen gelassen. Angesichts der Ankündigungen muss man das als einen klaren Wortbruch bezeichnen. Vor den Landtagswahlen hatte die CDU im Landtag vehement eine vollständige Weiterleitung der Bundesmittel an die Kommunen gefordert. Auch die FDP hatte sich im Wahlkampf dafür ausgesprochen. Von diesen Plänen ist jetzt, nach der Regierungsübernahme, nichts mehr zu hören. Die Zusagen, die vor der Wahl an die Kommunen gemacht wurden, werden nicht eingehalten. Hieraus ergeben sich nicht nur für uns, sondern für viele Kommunen finanzielle Schieflagen. Die Integration der Geflüchteten in Jüchen ist eine der großen Herausforderungen der nächsten Jahre und vielleicht auch Jahrzehnte. Das Land erhält jährlich vom Bund 435 Millionen Euro, um die Eingliederung vor Ort zu erleichtern. Wenn von diesem Geld nichts bei uns ankommt, wird diese Herausforderung schwer zu stemmen sein. So gibt die Landesregierung den Rechtspopulisten weiteren Auftrieb.

Auch die einseitige Erhöhung der Krankenhausumlage belastet die kommunalen Haushalte. Gleichzeitig ist eine substanzielle Entlastung nicht in Sicht. So wurde die Umlage für notleidende Kommunen, der Kommunal-Soli, einfach gekippt. Meine Damen und Herren – damit bewirkt die Landesregierung, dass klamme Kommunen zusätzlich belastet werden und reiche Kommunen noch reicher werden. Ist dies das Ende einer solidarischen Gemeinschaft zwischen den Kommunen? Oder ist das erst der Anfang eines vom Heimatministerium betriebenen Heimatschutzes?

Hier werden Zäune und Grenzen gebaut! Dabei werden Solidarität und gegenseitige Hilfe benötigt.

Meine Damen und Herren, wir sind mit unserem Haushalt auf uns gestellt. Die Frage ist nur: Wie können wir langfristig und substantiell den Haushalt ausgleichen? Ich meine, nur durch die Entwicklung wirklich langfristiger Perspektiven. Vielleicht sind wir mit der Einrichtung einer Bäderkommission hier einen ersten Schritt gegangen. Dass sich Jüchen als mittlere, kreisangehörige Gemeinde – bald Stadt – zwei Hallenbäder leistet, hat sicherlich aus der Historie seine Berechtigung. Im Vergleich hat dies allerdings seine Seltenheit. Und daher hat die Bäderkommission aus meiner Sicht zwei konkurrierende Ziele zu verfolgen:

1. Langfristig muss ein attraktives, öffentliches Schwimmangebot in Jüchen erhalten werden. Vielleicht muss es auch erst noch geschaffen werden. Schulen, Sportvereine aber auch die Öffentlichkeit müssen auf eine attraktive und bezahlbare Infrastruktur zurückgreifen können.
2. Die Belastung für den Steuerzahler muss geringer werden. Es kann nicht sein, dass zwei Bäder jährlich mit sechsstelligen Beträgen zu Buche schlagen. Hinzu kommen ja auch noch kostenintensive Instandsetzungsmaßnahmen. Und wer muss für neu auftretende Schäden geradestehen?

Geben wir der Bäderkommission Zeit, diese beiden Ziele zu vereinen.

Vor wenigen Tagen hat sich der Bürgerbus-Verein gegründet. Mittlerweile hat er über zwanzig Mitglieder, einen vierköpfigen Vorstand und mit Gerhard Geisler einen Geschäftsführer, der sich emsig um die anstehenden Planungen des Bürgerbusses für Jüchen kümmert. Konrad Thelen für die FDP sowie Herr Bachmann für die CDU haben auf der Gründungsveranstaltung dankenswerter Weise klargestellt, dass sie die Vereinsgründung unterstützen. Auch die Ausfallbürgerschaft, die die Gemeinde für den Bürgerbus-Verein übernehmen muss, wird in Aussicht gestellt. Die Verwaltung hat sich konstruktiv und aktiv für die Gründung des Vereins eingesetzt. So ist es gelungen, dass der Verein auf einer breiten Basis aufgestellt ist. Der Bürgerbus ist also nicht mehr ein Projekt der SPD, sondern er kann ein Angebot von Bürgern für Bürger werden. Der Bürgerbusverein will versuchen, die Notlagen in Teilen der Bürgerschaft Jüchens zu beheben.

Ja, ich rede von Notlage, wenn es der alleinstehenden Rentnerin nicht möglich ist, aus eigener Kraft in den Nachbarort zu fahren, um dort den Arztbesuch oder den Einkauf zu erledigen. Aber es gibt auch andere Notlagen. So spreche ich auch von Notlage, wenn Seniorinnen und Senioren mit dem Rollator auf eine vielbefahrene Straße ausweichen müssen, da es keinen Gehweg gibt. Ich spreche von einer Notlage, wenn die alleinerziehende Mutter ihren Beruf nicht mehr umfassend ausüben kann, da die Öffnungszeiten der Kindertagesstätten dies verhindern. Und genauso spreche ich von Notlagen, wenn es Alleinstehenden oder Familien nicht gelingt, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Genau für diese Notlagen in der Bürgerschaft hat meine Fraktion ein offenes Ohr und wird es auch immer haben.

Das letzte Thema ist seit Jahren in der Politik und in den Medien präsent: Die Not der Menschen, die keinen bedarfsgerechten Wohnraum finden. Es gibt zu wenige Wohnungen, vor allem, zu wenige bezahlbare Wohnungen. Durch die Wohnbedarfsanalyse des Rhein-Kreises Neuss wissen wir es auch für unsere Gemeinde: Jüchen gehört zu den kleineren Gemeinden mit einem Bevölkerungszuwachs und eindeutiger Wachstumsperspektive. Hieraus ergeben sich Nachfrageschwerpunkte die unser Handeln beflügeln müssen. Es ist daher dringend notwendig unser Engagement im Bereich der Wohnbauland- und Wohnraumentwicklung zu erhöhen. Maßnahmen und Strategien sind in der Wohnbedarfsanalyse aufgezeigt und beschrieben, Herr Bürgermeister, greifen sie beherzt in die Aktivitätenliste! Die SPD sichert ihnen eine aktive Unterstützung zu.

Ein anderes Beispiel das uns am Herzen liegt ist das Stadtzentrum von Jüchen. Das IHK-Strategiepapier für lebendige Städte bringt es auf den Punkt. „Das Profil der Städte zu schärfen, ist eine Gemeinschaftsaufgabe von Händlern, Eigentümern, Politik und Stadt.“ Leerstandmanagement, Erreichbarkeit mit dem Auto und dem ÖPNV, Fahrradfreundlichkeit, Barrierefreiheit, Parkplätze: Dies sind Stichworte aus dem Strategiepapier.

Warum schieben wir die Stadtentwicklungsplanung für Jüchen weitere Jahre vor uns her? Wollen wir noch mehr Leerstand im Umfeld des Marktplatzes abwarten? Damit geht die Attraktivität unseres Marktplatzes weiter verloren.

Ein weiteres Beispiel sind die Friedhöfe. Warum wird ein umfangreiches Konzept für die Friedhöfe der Zukunft für den Papierkorb erstellt? Für alle sechs Friedhöfe wurden bereits 2016 zukunftsweisende

Konzepte entwickelt. Vom „Erinnerungsgarten“ über „Friedhofs-Café“ bis zu „muslimischen Bestattungen“ gibt es dort gute Ideen. Im Hauptausschuss hören wir dann aber von der Verwaltung: „Das Konzept wird nicht umgesetzt. Es sei alles in Ordnung.“ Nichts ist in Ordnung!

Regelmäßig gibt es Klagen von Anwohnern, dass sie mit den Friedhöfen unzufrieden sind, dass sie durch den Durchgangsverkehr übermäßig belastet seien, dass Einiges in Jüchen nicht stimme. Der Bürgermeister fordert uns in seiner Einbringungsrede auf, den Bürgern zu erklären, warum manche Dinge nicht zu ändern seien. Da wird meine Fraktion – meine Damen und Herren – nicht mitmachen. Stattdessen fordern wir die schnelle Umsetzung von guten Ideen!

Herr Bürgermeister – im Zusammenhang mit der Stadtwerdung weisen Sie darauf hin, dass mit unserem attraktiven Schulzentrum bereits ein wichtiger Grundstein dafür gelegt sei. Dieser Argumentation schließe ich mich gerne an. Mit dem Gymnasium und der Gesamtschule aber auch den Grundschulen, bietet Jüchen allen schulpflichtigen Kindern im Gemeindegebiet qualitativ hochwertige Bildungsgänge an.

Die Gesamtschule Jüchen ist eine Schule des gemeinsamen Lernens. Das Gymnasium Jüchen ist eine Schulform des gegliederten Schulsystems. Bei etwa 200 schulpflichtigen Kindern und Jugendlichen pro Jahrgang haben beide Schulen ihre Berechtigung. Dies sollten wir uns aber durch eine übertriebene Konkurrenz zwischen den beiden weiterführenden Schulen nicht kaputt machen lassen. Das Gymnasium ist als dreizügige, die Gesamtschule als vierzügige weiterführende Schule genehmigt. Und das ist auch gut so.

Im nächsten Schuljahr beginnt der erste Oberstufenjahrgang an der Gesamtschule. Wir – gemeinsam mit den Schulleitungen, den Schülerinnen und Schülern sowie der Elternschaft müssen jetzt alles daransetzen, dass die Kooperation der beiden Schulen vor allem in der Oberstufe gelingt. Es wäre Wahnsinn, wenn die beiden unmittelbar nebeneinanderliegenden Schulen nicht zu einer intensiven Kooperation fänden. Hier müssen die organisatorischen aber natürlich auch pädagogische Barrieren dringend abgebaut werden. Dies beginnt bei der Taktung der Unterrichtsstunden sowie dem gemeinsamen Beginn des Schultages und endet noch lange nicht bei der Bildung von schulformübergreifenden Fachschaften. Ich appelliere insbesondere an die beiden Schulleitungen, hier gemeinsame Wege zu gehen und sich offen für die Vorschläge der jeweils anderen Schule zu zeigen.

Abschließend bedanke ich mich bei der Verwaltung für die gute Zusammenarbeit im zurückliegenden Jahr. Ich wünsche Ihnen, Herr Zillikens, allen Ratsmitgliedern und allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Gemeindeverwaltung sowie Ihren Familien und Angehörigen ein gesegnetes und frohes Weihnachtsfest.